



öffentlich

Vorlage			
Betreff			
Satzung zur Änderung der Satzung des ZV VRR			
Organisation	Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag	Datum	Lfd. Nr. BPL
ZV	J/X/2024/0665	23.02.2024	3

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
Finanzausschuss des Zweckverbandes VRR	Empfehlung	15.03.2024	<input type="checkbox"/>
Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	Entscheidung	18.03.2024	<input type="checkbox"/>

Kurzzusammenfassung:

Infolge der Änderung der Entschädigungsverordnung NRW ist die Satzung des Zweckverbandes VRR zu novellieren. Es handelt sich hauptsächlich um die Anpassungen der Verweise.

Beschlussvorschlag:

- I. Der Finanzausschuss des ZV VRR empfiehlt der Verbandsversammlung des ZV VRR, folgenden Beschluss zu fassen:

- II. Die Verbandsversammlung des ZV VRR stimmt der folgenden Satzung zur Änderung der Satzung des ZV VRR zu:
 1. In § 15 Absatz 2 Satz 1 wird die Ziffer 1 hinter dem Wort „Aufwandsentschädigung“ ergänzt um folgende Begriffe:

„ausschließlich in Form eines Sitzungsgelds“.

2. § 15 Absatz 2 wird hinter Satz 1 um folgenden Satz 2 ergänzt:

Sofern für die Geltendmachung eines Anspruchs auf einzelne Entschädigungsleistungen eine Glaubhaftmachung erforderlich ist, gilt § 294 ZPO entsprechend.

3. In § 15 Absatz 7 Satz 1 wird der Klammerzusatz ersatzlos gestrichen.

4. In § 15a Absatz 1 wird der Verweis auf die Vorschrift § 1 Absatz 2 Ziffer 4 Buchstabe c EntschVO ersetzt durch den Verweis auf

§ 4 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 10 EntschVO

5. In § 15a Absatz 2 Satz 2 wird der Verweis auf die Vorschrift § 1 Absatz 2 Ziffer 4 Buchstabe c EntschVO ersetzt durch den Verweis auf

§ 4 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 10 EntschVO

6. § 27 wird hinter Absatz 14 um folgenden Absatz 15 ergänzt:

(15) Die Änderungen der Satzung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 18. März 2024 treten mit dem Tage nach der Bekanntmachung durch die Kommunalaufsicht in Kraft.

- III. Die Verbandsversammlung des ZV VRR ermächtigt den Vorstandsvorsteher, redaktionelle Inkorrektheiten, z.B. Zahlendreher, Interpunktionsfehler, zu beseitigen.

Finanzielle Auswirkungen:

- Keine
- Ist im aktuellen Wirtschaftsplan berücksichtigt.
- Kann aus eingesparten Mitteln des aktuellen Wirtschaftsplans finanziert werden.
- Greift im nächsten und/oder Folgejahren und wird im Wirtschaftsplan eingeplant.
- Wird durch Fördermittel finanziert (Fördersatz: ___ % / Eigenmittel ___ %)

Personelle Auswirkungen:

- Keine
- Ist im aktuellen Stellenplan berücksichtigt.
- Wird mit dem bestehenden Personal umgesetzt/durchgeführt werden.
- Abweichend vom Stellenplan wird zusätzliches Personal benötigt (siehe Begründung).
- interne Finanzierung externe Finanzierung

Begründung/Sachstandsbericht:

1. Durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften (LTDrs. 17/16295) erfolgte eine grundlegende Neuregelung des Entschädigungsrechts für die Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse.

Infolge der Schaffung der umfassenderen Ermächtigungsgrundlage des § 133 Absatz 5 GO NRW konnte die nähere Ausgestaltung des Entschädigungsrechts im Verordnungswege erfolgen.

2. Die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und deren Ausschüsse im Land Nordrhein-Westfalen (Entschädigungsverordnung Nordrhein-Westfalen - EntschVO NRW) vom 26. September 2023 trat zum 01. Januar 2024 in Kraft.

Regelmäßig soll danach eine monatliche Vollpauschale oder eine monatliche Teilpauschale plus Sitzungsgeld geleistet werden.

§ 4 EntschVO lautet wie folgt:

(1) Die Höhe der monatlichen Vollpauschale für Mitglieder der Landschaftsversammlungen und für Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr beträgt 219,30 Euro, die Höhe der monatlichen Teilpauschale beträgt 107,10 Euro. Abweichend von Satz 1 kann die Landschaftsversammlung beschließen, dass die Aufwandsentschädigungen ausschließlich in Form eines Sitzungsgeldes geleistet werden.

(2) Im Falle von Absatz 1 Satz 1 wird bei Zahlung der monatlichen Teilpauschale diese zuzüglich eines Sitzungsgeldes in Höhe von 56,10 Euro gezahlt. Hat die Landschaftsversammlung von Absatz 1 Satz 2 Gebrauch gemacht, beträgt das

Sitzungsgeld 112,20 Euro. § 2 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Für sachkundige Bürgerinnen und Bürger gilt § 2 Absatz 4 Satz 1 und 2 entsprechend. Die Höhe des Sitzungsgeldes beträgt 71,40 Euro

3. In den politischen Gremien des Zweckverbands VRR bestand bisher interfraktionell der Konsens, Aufwandsentschädigungen ausschließlich in Form von Sitzungsgeld zu leisten.
4. Maßstab für die Entschädigungsregelungen im VRR, insbesondere für die Höhe des Sitzungsgelds, sind die entsprechenden Regelungen zu den Landschaftsverbänden. Insofern sind in erster Linie die Verweise in die novellierte Entschädigungsverordnung NRW anzupassen.
5. § 4 Absatz 2 Satz 2 EntschVO legt die aktuelle Höhe des Sitzungsgelds auf 112,20 Euro fest.
6. § 10 EntschVO regelt die Anpassung der Aufwandsentschädigungssätze:

Die Aufwandsentschädigungssätze nach den §§ 2 bis 4 und 5 Absatz 4 erhöhen sich jährlich, beginnend ab dem 1. Januar 2025, um zwei Prozent. Das für Kommunales zuständige Ministerium macht die jeweils geltenden Entschädigungssätze öffentlich bekannt.

7. Änderungen der Satzung des Zweckverbandes VRR bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (§ 13 Absatz 2 ZV-Satzung).